Wenn Algorithmen unsere politische Meinung formen

Soziale Netzwerke eröffnen neue Wege der politischen Teilhabe, bieten aber auch Gefahren für die Demokratie. Prof. Georg Mein von der Uni Luxemburg über die Zusammenhänge

Von Sebastian Weisbrodt

Im digitalen Zeitalter steht die Gesellschaft vor neuen Herausforderungen und Möglichkeiten, wenn es um die Wahrnehmung und die Teilhabe an der Demokratie geht. Professor Georg Mein von der Universität Luxemburg erklärt, wie soziale Netzwerke politische Partizipation fördern, aber auch Risiken wie Filterblasen und Populismus begünstigen. Er gibt Einblicke in die aktuellen Entwicklungen und diskutiert, welche Rolle Bildung und Medienkompetenz für eine stabile Demokratie spielen.

Prof. Georg Mein, wie nehmen Jugendliche im digitalen Zeitalter die Demokratie wahr? Gibt es Unterschiede zu früheren Generationen?

In der Forschung beobachten wir zwei Phänomene. Das eine ist, dass wir durch die sozialen Netzwerke und die Möglichkeiten der globalen Vernetzung sehr viele positive Aspekte sehen, was das politische Engagement und die politische Teilhabe angeht. Die berühmten Beispiele sind etwa der Arabische Frühling oder Black Lives Matter. Das sind, wenn man etwa an Fridays for Future denkt, zum Teil Jugendbewegungen, die seitdem man sich in Echtzeit vernetzen kann, möglich sind.

Auf der anderen Seite sehen wir auch die Tatsache, dass der größte Teil der jungen Menschen ihre Informationen primär aus den sozialen Netzwerken bezieht, also aus nicht kuratierten Formen des Journalismus. Jugendliche verbringen pro Tag durchschnittlich zweieinhalb Stunden mit sozialen Medien – und die gesamte Bildschirmzeit ist noch viel höher. Das ist relativ viel, und die Jugendlichen nehmen währenddessen sehr viel über das Weltgeschehen wahr. Und diese Informationen werden in den sozialen Netzwerken durch Empfehlungsalgorithmen gesteuert, die mittlerweile sehr präzise sind und die Vorlieben der Nutzer ganz genau kennen.

Das führt bekanntermaßen dazu, dass man sich aus technischer Sicht in Filterblasen oder, wenn man die Interaktion mit anderen Nutzern betrachtet, in Echokammern wiederfindet, in denen man die eigene Weltsicht immer wieder bestätigt bekommt. Menschen, die in solchen Echokammern sind und eine beispielsweise von Populisten genährte Weltsicht haben, kann man nur ganz schwer wieder aus ihnen herausbekommen.

Wie haben die digitalen Netzwerke die politische Partizipation verändert?

Wir sehen den Trend zu mehr Graswurzelbewegungen und zivilem Engagement. Da kann es beispielsweise um Tierschutz gehen oder die Umwelt. Aber eine grundständige politische Teilhabe, die an demokratische Prozesse geknüpft ist und etwa die Arbeit in einer Partei oder in Jugendparlamenten involvieren würde, ist weniger verbreitet. Ein strukturierter Aufbau einer öffentlichen Sphäre, in der sich die grunddemokratische Teilhabe wiederfindet, wird durch die sozialen Medien nicht verstärkt. Man hat schnell einen Beitrag über Veganismus retweetet, aber das führt in den seltensten Fällen zu einer gesamtgesellschaftlich förderlichen Diskussion über das Thema. Auf der anderen Seite muss man aber auch sehen, dass die Netzwerke gerade auf lokaler Ebene neue Möglichkeiten der politischen Partizipation eröffnen und das Mitspracherecht erhöhen.

> *Wir brauchen verlässliche, objektive und differenzierte Informationen, die sich alle leisten können. Kostenfrei. Da ist der Staat gefragt.*

Dienen die sozialen Medien der Demokratie oder sehen Sie sie eher als Gefahr an?

Man muss ganz klar betonen, dass die bekannten Plattformen die Menschen nicht aus gutem Willen miteinander vernetzen. Es geht dabei darum, mit Werbung Geld zu verdienen, es sind Werbeplattformen. Das Ziel der Algorithmen ist eine möglichst lange Bindung vor dem Bildschirm. Die wird erreicht, indem sie die Nutzer in irgendeiner Art und Weise emotional bewegen, aufregen oder faszinieren. Mit Erklärungen eines komplexen politischen Sachverhalts hat man da wenig Erfolg. Wer kurze populistische Botschaften setzt, bekommt eine viel größere Reichweite. Und diese zu widerlegen, ist mit einem sehr hohen argumentativen Aufwand verbunden, der wiederum nicht vom Algorithmus belohnt wird. Die Sensation ist in den sozialen Medien erfolgreicher als der elaborierte Diskurs. Es findet kaum Austausch statt, der für ein demokratisches Miteinander notwendig ist. Wer Demokratie haben will, muss sich auch mit langweiligen Parlamentsdebatten auseinandersetzen.

Prof. Georg Mein von der Universität Luxemburg warnt vor den Auswirkungen, die soziale Medien auf die Demokratie haben können. Foto: Universität Luxemburg

Kann man sagen, dass der weltweite rasante Anstieg des Populismus eng mit den sozialen Medien zusammenhängt?

Er profitiert zumindest direkt von der Struktur der Empfehlungsalgorithmen. Dass bei der letzten Bundestagswahl in Deutschland die junge Wählergruppe so stark die Ränder gewählt hat, kann man zumindest teilweise darauf zurückführen. Die AfD hat beispielsweise das Potenzial der sozialen Netzwerke früh erkannt und ist auf TikTok und anderen Plattformen wahnsinnig aktiv. Dazu kommt, dass die Anzahl der Bot-Konten, hinter denen kein echter Mensch steht, die Inhalte viel stärker verbreiten. Dadurch entsteht eine Aufmerksamkeitsspirale, die irgendwann die Diskurshoheit gewinnt. Für die öffentliche Meinungsbildung ist das katastrophal, weil es eine völlig unkuratierte Landschaft ist, anders als bei den herkömmlichen Medien. Wir brauchen verlässliche, objektive und differenzierte Informationen, die sich alle leisten können. Kostenfrei. Da ist der Staat gefragt, diese Informationen zu fördern und zugänglich zu machen.

Der Aufstieg des Populismus ist eine Folge der Logik dieser Algorithmen der sozialen Netzwerke. Das muss man einfach sagen und das ist ein Riesenproblem. Das zweite Problem ist, dass künstliche Intelligenz schon jetzt und in naher Zukunft noch viel effektiver dazu imstande sein wird, menschliche Emotionen präzise zu lesen und zu analysieren. Dies wird eine neue Form der Einflussnahme ermöglichen, die jenseits von populistischen Botschaften liegt. Wir sehen schon jetzt eine massive Zunahme an virtuellen Influencern, die sich als Menschen ausgeben, aber keine sind. Diese Figuren werden sehr bald in Video-Chats in direkte Interaktion mit den menschlichen Nutzern treten. Und natürlich kann man solche Intelligenzen für eine bestimmte politische Agenda trainieren. Das ist nichts, was in ferner Zukunft passiert. Es ist jetzt schon real. Dann haben wir eine Art der politischen Einflussnahme, die erschreckend sein wird. Viele Menschen erkennen schon jetzt nicht, wenn sie mit einem Bot kommunizieren.

> *Vielleicht erkennen die Menschen langsam, dass diese ganze rechtspopulistische Rhetorik auf Sand gebaut ist und zusammenbricht.*

Können wir diese Entwicklung überhaupt noch aufhalten?

Wir könnten die sozialen Netzwerke einfach abschalten. Aber das macht keiner. Ein ganz wichtiger Aspekt ist die Kompetenz, mit den Medieninhalten aufgeklärt umzugehen. Das muss in den Schulen viel mehr gefördert werden, nicht nur in einem bestimmten Schuljahr, sondern fortlaufend. Auch in den Familien. Menschen jenseits der Bildungseinrichtungen erreicht man so natürlich nicht mehr. Die demokratische Mitte sitzt bei dieser Frage mit der Wissenschaft und seriösem Journalismus in einem Boot. Hoffnung machen die jungen Menschen, im Alter zwischen 14 und 25 Jahren. Die sind zum großen Teil viel souveräner in den Netzwerken unterwegs und haben eine sehr viel kritischere Sicht auf die Inhalte. Viele der positiven Bewegungen, wie bspw. die Klimabewegung, waren zunächst Jugendbewegungen. Es ist nicht so, dass sämtliche junge Menschen komplett abgeschaltet sind.

Hat die demokratische Mitte einen Teil der älteren Menschen, die in solchen Echokammern sitzen, verloren?

Wie gesagt: Diese Menschen zurückzuholen, ist sehr schwierig, weil man sie argumentativ kaum noch erreicht. Dennoch muss der öffentliche Diskurs gestärkt werden, und hier sind Bildung und Wissenschaft essenziell. Man darf sich ja nicht wundern, dass das erste Ziel der Trump-Administration die Universitäten sind. Sie will ihre „alternativen Wahrheiten" verbreiten. Und wenn dann die Wissenschaft daherkommt und sagt, dass es eben nur eine Wahrheit gibt, die auf Evidenz und Fakten basiert, werden eben Personen entlassen und Gelder gekürzt. Was in den USA passiert, ist eine Katastrophe. Europa könnte das aber auch als Chance sehen, um sich anders und entschiedener zu positionieren.

Ob wir Menschen in Echokammern grundsätzlich verloren haben, weiß ich nicht. Die Trump-Euphorie in den USA beginnt vielleicht gerade etwas zu bröckeln, etwa weil die Börse um zehn Prozent eingebrochen ist. Sein politischer Zickzackkurs – heute führe ich Zölle ein, morgen nehme ich sie zurück, heute unterstütze ich die Ukraine, morgen nicht mehr – ist natürlich katastrophal. Vielleicht erkennen die Menschen langsam, dass diese ganze rechtspopulistische Rhetorik auf Sand gebaut ist und zusammenbricht.

Ab dem 19. März findet an der Universität Luxemburg eine Konferenz unter dem Titel „Democracy and Youth in the Digital Age" statt, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Worauf können sich Interessierte freuen?

Wir haben die Konferenz über ein Jahr lang geplant. Dabei werden die Chancen und Risiken der neuen digitalen Welt diskutiert, Gefahren erörtert und ausgelotet, was das für das Bildungssystem bedeutet. Es geht darum, die Kluft zwischen Forschung und realem Alltag zu überbrücken. Die Konferenz bringt Forscher, politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit zusammen. Internationale Experten aus verschiedenen Bereichen werden sich jeweils mit einem kritischen Aspekt der Demokratie und des Engagements der Jugend im digitalen Zeitalter befassen und von ihren konkreten Erlebnissen berichten.

Auf Facebook, TikTok und Co. wurden in der jüngsten Vergangenheit populistische Inhalte stark verbreitet. Foto: Shutterstock

Konferenz „Democracy and Youth in the Digital Age"

Die Konferenz findet vom 19. bis zum 21. März im Auditorium 3.500 am Campus Belval statt. Die Teilnahme ist kostenlos, allerdings wird um eine vorherige Anmeldung gebeten. Das Anmeldeformular und der genaue Zeitplan sind auf der Homepage der Universität Luxemburg verfügbar.

- Fragmentation versus participation: The public sphere in digital age – Prof. Robin Samuel
- Parliamentary democracy versus activism: Techniques of engagement – Prof. Stefan Braum
- Truth versus trust: Affective politics after the end of argument – Prof. Anna-Lena Högenauer
- Memory versus history: Imagined identities and ethical claims – Prof. Andrea Binsfeld
- Gaming versus explaining? The future of political education – Prof. Pedro Cardoso-Leite
- Cultures of democracy: Political narratives and forms of representation – Matjaz Gruden, Direktor für Demokratie am Europarat

Deshalb verzeichnet Luxemburg die höchste Syphilis-Rate in Europa

Ungeschützter Sex kann schwerwiegende Folgen haben. Gesundheitsministerin Martine Deprez äußert sich zum Anstieg der Krankheitsfälle

Von Sebastian Weisbrodt

Kondome schützen vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Foto: Shutterstock

Laut dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) haben sich zuletzt wieder mehr Menschen mit sexuell übertragbaren Krankheiten (STI) infiziert. Die Zunahme an nachgewiesenen Fällen von Syphilis, Gonorrhö und Chlamydien sei besorgniserregend. Im Zentrum der entsprechenden Pressemitteilung steht auch Luxemburg. Das Land führt die europäische Statistik der Syphilis-Infektionen an.

Im Jahr 2023 verzeichnete das Großherzogtum mit 24,8 Fällen pro 100.000 Einwohner die höchste Syphilis-Rate unter 30 untersuchten Ländern. Dies liegt deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 9,9 Fällen. Mit insgesamt 606 registrierten Fällen bedeutet dies einen Anstieg von 27,5 Prozent gegenüber 2022.

Starker Zuwachs bei Gonorrhö

Auch Gonorrhö-Fälle steigen EU-weit drastisch an: 2023 wurden rund 100.000 Fälle gemeldet – 31 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders betroffen sind junge Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren, bei denen die Infektionsrate um 46 Prozent zunahm. Chlamydien bleiben die häufigste bakterielle STI: In Luxemburg wurden 1.636 Fälle erfasst – ein Anstieg um 7,1 Prozent. EU-weit übersteigt die Zahl der gemeldeten Chlamydien-Infektionen jährlich 230.000.

Syphilis betrifft vor allem Männer: 72 Prozent der Fälle betreffen Männer, die gleichgeschlechtliche Kontakte haben, besonders im Alter zwischen 25 und 34 Jahren. Bei Frauen wurde hingegen ein Anstieg der Infektionen in allen Altersgruppen festgestellt.

Gesundheitsministerin Martine Deprez (CSV) erklärt diesen Anstieg mit mehreren Faktoren: Einerseits gebe es in Luxemburg eine strenge Meldepflicht für sexuell übertragbare Infektionen (STI), die seit 2018 sowohl für Ärzte als auch für Labore gilt. Dadurch würden Fälle systematisch erfasst, während in anderen europäischen Ländern die Meldung oft freiwillig sei, was zu einer möglichen Untererfassung führen könne.

Weniger Schutz beim Sex

Andererseits spiele auch das veränderte Sexualverhalten eine Rolle: „Der Rückgang des Kondomgebrauchs und eine Zunahme an wechselnden Sexualpartnern tragen zur stärkeren Verbreitung der Krankheit bei. Besonders betroffen sind Männer, die sexuelle Kontakte mit anderen Männern haben – hier wurden verstärkt Testungen durchgeführt, was ebenfalls zu einer höheren Zahl an gemeldeten Fällen führt", wie es in der parlamentarischen Stellungnahme der Ministerin heißt.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setze Luxemburg auf Prävention und Früherkennung. Es gebe zahlreiche Möglichkeiten für kostenlose und anonyme STI-Tests, die das ganze Jahr über in verschiedenen medizinischen Einrichtungen wie dem Planning Familial, dem CHL, dem LNS und dem CHEM angeboten werden. Zudem nimmt Luxemburg, so Martie Deprez weiter, an den europäischen Testwochen im Mai und November teil, in denen auch private Labore kostenlose Untersuchungen für die gesamte Bevölkerung anbieten.

Die Entwicklung bei jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 24 Jahren bezeichnet die Ministerin als „besorgniserregend". Die Regierung plant daher für Mai 2025 eine nationale Aufklärungskampagne, die sich gezielt an junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren richtet. Ziel der Kampagne ist es, das Bewusstsein für sexuell übertragbare Infektionen zu schärfen und junge Menschen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Sexualverhalten zu ermutigen.

Keine zentrale Stelle aber „enge Zusammenarbeit"

Ein weiteres gesundheitliches Risiko stelle die zunehmende Antibiotikaresistenz dar. Während sich die meisten STI weiterhin erfolgreich behandeln ließen, gebe es bei Gonorrhö bereits resistente Bakterienstämme. Luxemburg überwache diese Entwicklung genau: Das Nationale Gesundheitslabor (LNS) analysiere regelmäßig multiresistente Erreger und stehe in engem Austausch mit der Gesundheitsbehörde. Derzeit gebe es jedoch keine Hinweise auf eine kritische Situation in Luxemburg.

Trotz der ernsten Lage gebe es in Luxemburg keine zentrale Koordinierungsstelle für die Bekämpfung von sexuell übertragbaren Krankheiten. Dennoch besteht nach Angaben der Gesundheitsministerin eine enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Krankenhäusern, Laboren und der Gesundheitsinspektion, um auf Veränderungen schnell reagieren zu können und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Mit einer Kombination aus verstärkter Aufklärung, niedrigschwelligen Testangeboten und epidemiologischer Überwachung versuche die Regierung, die Verbreitung von Syphilis und anderen STI einzudämmen und die Bevölkerung für dieses Gesundheitsproblem zu sensibilisieren.